

Frau Müller und die Energiewende

Der mächtigste Stromverband des Landes tritt jetzt für den beschleunigten Atomausstieg ein. Das hat eine Menge mit Hildegard Müller zu tun, seiner Chefin.

Von Michael Bauchmüller und Stefan Braun

Als nach nächtelangen Verhandlungen alles klar war, fuhr Hildegard Müller ins Kanzleramt. Die Kanzlerin kennt die Chefin des Stromverbands BDEW bestens, schließlich war Müller bis vor drei Jahren Kanzleramtsministerin. Am vergangenen Donnerstag hatten Merkel und Müller wieder einiges zu besprechen: Es ging um die Energiewende. Denn die will der Stromverband nun auch.

Bis 2023 spätestens, vielleicht sogar schon 2020, solle Deutschland reaktorfrei sein - so beschloss es die Spitze des BDEW wenige Stunden nach Müllers Treffen mit Merkel. Das ist ungefähr so, als würde der ADAC für ein Verbot großer Limousinen eintreten. Der BDEW, dessen Initialen für Bundesverband der Deutschen Energie- und Wasserwirtschaft stehen und der die wichtigste deutsche Stromlobby ist, jetzt plötzlich im Kampf gegen die Atomkraft? Nein, sagt Müller lachend, soweit sei es nun doch nicht. 'Aber Fukushima ist ein Einschnitt, und dieses Land kann es sich nicht leisten, eine Energiedebatte ständig nur über das Thema Laufzeit-Verlängerung führen.' Die Entscheidung des Präsidiums sei mithin 'ein Beitrag zu einer konstruktiven Debatte'.

Der Beschluss birgt jede Menge Sprengstoff, er bringt das schwierige Konstrukt BDEW ins Wanken. Schon im vorigen Sommer hatte der Verband Mühe, eine gemeinsame Position zu finden. Damals stand noch die Verlängerung der Laufzeiten zur Debatte, die Diskussionen innerhalb des BDEW waren leidenschaftlich. Grund dafür ist die komplizierte Struktur des Verbandes. Unter seinen 1800 Mitgliedern finden sich die großen Energiekonzerne ebenso wie kleinere Stadtwerke. Während etwa die Energiekonzerne Interesse an längeren Laufzeiten haben, sind eben diese für manches Stadtwerk Gift: Viele Kommunen hatten zuletzt in eigene Kraftwerke investiert. Die längere Atom-Laufzeit warf die Kalkulation über den Haufen.

Am Ende konnte Müller aber damals einen Kompromiss feiern. Er sah längere Laufzeiten vor unter der Bedingung, dass dies die Wettbewerbsposition der Stadtwerke nicht verschlechtert. Nur kam es anders: Die Laufzeiten wurden zwar verlängert, doch den kommunalen Versorgern brachte das Energiekonzept der Bundesregierung nicht allzu viel. Die Stadtwerke waren sauer. Weswegen mancher in der Branche in dem jüngsten Beschluss auch eine Retourkutsche sieht. 'Da gibt es eindeutig ein paar Scharfmacher', heißt es in der Führungsetage eines AKW-Betreiberkonzerns. Schon überlegen einige Mitglieder, aus dem Verband auszutreten. Sie fühlen sich nicht repräsentiert.

Für Müller birgt die Entscheidung ein ziemliches Risiko, aber auch Chancen. Steigen die vier großen Energiekonzerne aus, steht die Hauptgeschäftsführerin vor einem Torso ihres Verbandes, ein Drittel der Mitgliedseinnahmen fiele weg. Kann sich der Verband aber hinter der neuen Position versammeln, ist ein Schritt zur Modernisierung geglückt.

Und das letztlich ist Müllers Mission. Als sie 2008 zum BDEW kam, fand sie einen halbfertigen Zusammenschluss aus Verbänden der Strom-, Gas- und Wasserwirtschaft vor, mit komplizierten, teils kafkaesken Strukturen. Diese zu straffen und den Verband zugleich zu gemeinsamen, nicht unendlich weichgewaschenen Positionen zu bewegen, war das Ziel. Zahnlos ist der neue Beschluss gewiss nicht - was für Müller wiederum auch zum Problem werden könnte. Darin liegt ihr Risiko.

Die Energiewende im Verband, das Treffen im Kanzleramt, es fügt sich in ein großes Bild: Vor ihrem Wechsel gehörte Müller zum engsten Führungszirkel um Angela Merkel. Nachdem Merkel im April 2000 CDU-Parteichefin geworden war, zählte Müller zu ihren entschiedensten Unterstützerinnen. Nimmt man Merkels Büroleiterin Beate Baumann, Merkels Sprecherin Eva Christiansen, Annette Schavan und Tanja Gönner, Noch-Umweltministerin von Baden-Württemberg, dazu, dann hat man Merkels engste Frauenmannschaft aus dieser Zeit - der Zeit in der Opposition - beisammen. Müller selbst stand damals an der Spitze der Jungen Union und kam so auch ins Präsidium der Christdemokraten.

Dabei ist Müllers Einfluss selten direkt spürbar gewesen. Trotzdem gehörte sie zu den stärksten Unterstützern Merkel" scher Reformen in der Familien- und Gesellschaftspolitik - und beinahe noch stärker in jener Phase, als Merkel rund um den Leipziger Parteitag im Herbst 2003 auch die Renten-, Steuer- und Gesundheitspolitik umkrempeln wollte. Dabei allerdings geriet Müller erstmals in den Verdacht, als Lobbyistin innerhalb der Regierung zu wirken, weil sie sowohl zu ihrem früheren Arbeitgeber, einer großen deutschen Bank, als auch zu Versicherungsunternehmen Kontakte pflegte. Ein Grund, ihre politische Aufgabe zu ändern, war das damals nicht. Doch es kratzte am Ruf ihrer Unabhängigkeit.

Auch ihr Wechsel in die Energiewirtschaft sorgte für Kritik, wenngleich Müller in der Folge alle politischen Ämter niederlegte. Aufgegangen ist das Kalkül ohnehin nicht ganz, denn der Jobwechsel sollte ihr auch mehr Zeit bringen für ihre kleine Tochter. 'Ein klassischer Irrtum', sagt die 43-Jährige heute, halb im Spaß. Wegen der Familie pendelt sie zwischen Heidelberg und Berlin, sie ist Mitglied im Zentralkomitee der deutschen Katholiken - und muss jetzt den Verband durch die zweite Atomdebatte binnen eines Jahres steuern.

Weil der BDEW jetzt auf neuem Kurs unterwegs ist, will Müller als nächstes auch Umweltverbände für einen Dialog gewinnen. 'Mal sehen, ob die mitmachen', sagt sie. Schließlich kennen die Müllers Verband ja noch ganz anders.

Quelle: Süddeutsche Zeitung
Nr.85, Dienstag, den 12. April 2011 , Seite 18



Hildegard Müller, Geschäftsführerin des BDEW